

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Bezugspreis: Vierteljährlich 1,80 Mark, bei Zahlung durch die Posten 2.— Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger Störungen des Betriebes der Zeitung, der Briefkasten od. d. Beförderungs-Einrichtungen) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die kleinstmögliche Zeile oder deren Raum wird mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 50 Pfg. berechnet.
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle erbeten.
Jeder Anspruch auf Nachdruck erlischt, wenn der Anzeigenbetrag durch Rüge eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprech-Anschluß: Amt Hernsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Kühle, Groß-Okrilla

Nummer 50

Mittwoch, den 30. April 1919.

18. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Geschäftszeit im Gemeindeamt.

Das Gemeindeamt ist am 1. Mai d. J. geschlossen. Dringende Angelegenheiten werden vormittags von 11 bis 12 Uhr erledigt.

Ottendorf-Okrilla, am 28. April 1919.

Der Gemeindevorstand.

Kriegsfamilien-Unterstützung.

Die Auszahlung der Kriegsfamilien-Unterstützung erfolgt für sämtliche Nummern und zwar: 1 bis 401

Mittwoch, den 30. April 1919, vorm. 8—12 Uhr.

Zur Vermeidung von Ueberzahlungen sind Beurlaubungen und Entlassungen sofort bei der Gemeindebehörde zu melden.

Ottendorf-Okrilla, am 29. April 1919.

Der Gemeindevorstand.

Wochenchau.

Deutschland steht vor den entscheidungsvollen und schwersten Wochen. Mit der Annahme des Waffenstillstandsangebots durch die Revolutionsregierung und der in aller Eile beschlossenen eigenen Wehrlosmachung eines Volkes mit einer bisher siegreichen Militärmacht, haben wir unsern Kopf auf den Block gelegt; in dieser Woche wird der Streich niedergefallen. Die Träume von Rechtsfrieden, Verständigung und Verständigungsfrieden sind heute auch bei den unheilbarsten Pazifisten ausgeträumt; wir stehen vor einem Gewalt- und Rachefrieden, und lediglich die eine Frage bleibt offen, ob nicht die politische Weisheit unserer Gegner ihn mildern wird. Unser Recht weicht sich vielfach mit den eigenen Interessen unserer Feinde, und da wenigstens die Amerikaner und Engländer allezeit gute Rechner waren, so bietet zu hoffen, daß sie dem Nachwärtigen der Franzosen einige Dämpfer aufsetzen und über die unerträglichen Forderungen mit sich reden lassen. Es wird des Bitteren und Bitterlichen übergenug bleiben. Aber vielleicht lassen sich die Staatsmänner der Entente, wenn sie sich überhaupt auf ernstliches Verhandeln einlassen, doch überzeugen, daß zum Beispiel der geplante Raub des Saargebietes selbst bei den schlagkräftigen Deutschen den Willen zur Wiedergewinnung und Begehung auszurufen und wachhalten, daß die Wegnahme aller Kolonien die wirtschaftspolitische Lage Deutschlands mit jedem Jahre unerbittlicher gestalten müßte, daß Kriegsverträge als schändliche Staat mit Selbstbestimmungsrecht dem Willkürfrieden näher sein würde denn als französische Provinz unter Willen und ohne Rücksicht auf die berechtigten Interessen Deutschlands ohne Notziffer und ohne genügende Lebensmittel, die ihm entweder weiter vorzuenthalten werden oder die es nicht bezahlen kann, zwar keinem sicheren Raum entgegensteht, aber auch der Entente keinen Schaden zufügen kann, weil es bald nicht mehr zu z. o. h. e. n. e. n. v. e. r. m. ö. c. h. t. e. als die Revolution. Wir können, wie längst ein hochländisches Blatt meinte, auf den Konferenzen nur eine leere Bratpfanne und das Bild Lenins legen. Wir haben heute allein etwa 200 Milliarden Reichsschulden, ohne die kommunalwirtschaftlichen und kommunalen auszugeben, sind also schon weit überschuldet, da das Nationalvermögen nicht über 200 Milliarden mehr beträgt. Kommen dazu 100 oder 120 Milliarden Kriegsschulden, so ist der Bankrott fest und die Entente kann sich ihren Besitz nicht holen oder sich mit den Erzeugnissen des Gewerbestandes unter Staatsaufsicht abfinden, so wie die Volksgemeinden uns nach Kriegsende in idealer Weise zur Verfügung stellen. Wir haben niemals auf den Voelmut und die Menschheitspflicht unserer Gegner, die für die Kriegsgattung und die Fernwirkung der deutschen Front gut waren, irgendwelche Hoffnungen gesetzt und ebensowenig auf Wilsons Besprechungen; aber auf ihre Klugheit bauen wir in dieselben Wege wie das Opfer des partizipativen Wahlers darauf bauen kann, daß es lieber von ihm ausgeht als völlig vernichtet wird. Der Gigant unserer Gegner wird ihrer Beweiskraft Grenzen und Ziele setzen, und Sache unserer Unterhändler und unserer Regierung wird es sein, sie soweit dem Entzückten zurückzuführen, daß im Frieden möglich wird. Sollten aber unsere Feinde in ihrer Siegesrausch auf ihrer nackten Ausplünderungs- und Verflüchtigungspolitik beharren, so bleibt uns allerdings nichts übrig, als die Karte Lenins vorzulegen und im übrigen auf unseren einzigen

Bundesgenossen, die Zeit zu hoffen; denn die Weltrevolution schreitet, wenn kein Frieden ins Land kommt, weiter und kann das Pariser Friedensdirektorium ebenso zerstören wie vieles andere.

Neuestes vom Tage.

Der sächsische Nachtragsetat für die zweijährige Etatperiode wird einen Fehlbetrag von 233 Millionen Mark umfassen. Die progressive Höchststeuer wird bei 600 000 Mark 35% betragen.

Nach den neuen Meldungen aus Bayern ist die Glonnlinte im Besitz der Regierungstruppen. Peteröhanen und Alershausen sind von Regierungstruppen besetzt, ebenso Altditing, Neuditing und Sandhofen.

Der Millionenraub aus dem Julisturm, der auf das bestimmteste bestritten wurde, stellt sich jetzt democh im wesentlichen als richtig heraus. Der Raub wurde im Januar vollführt, wenn auch nicht im Julisturm, so doch in der anschließenden Stadelle. Es fehlen im ganzen 20 bis 30 Millionen rumänische Lei.

Dem „Lyoner Progres“ wird aus Paris gemeldet: Die Japaner zeigen sich genau so intransigent in der Frage von Kantschon, wie die Italiener in der Frage von Fiume. Auch ihre Vertreter treffen Vorbereitungen zur Abreise. Sie erklären, daß die Japaner nach dem Recht der Eroberer in Kantschon sitzen und dort bleiben werden, solange niemand kommt, um sie zu vertreiben.

Vertilgtes und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 29. April 1919

Die nächste Nummer unserer Zeitung gelangt des Weilerstages wegen bereits morgen Mittwoch nachmittags halb 4 Uhr zur Ausgabe.

In der am gestrigen Montag Abend stattgefundenen Gemeinderatssitzung teilte der Vorsitzende, Herr Gemeindevorstand Richter mit, daß die Wahl des ersten Gemeindevorstandes Herrn Piehls, die amtschulmannschaftliche Genehmigung gefunden habe. An dessen Stelle wurde Herr Wolf als Gemeinderatsmitglied verpflichtet. Nach Mitteilung des Schulvorstandes macht sich die Anstellung eines 9. ständigen Lehrers notwendig, die Stelle ist zur Ausdeutung gebracht worden. Die Wohnhausneubauten von Bischof und Thierme-Radeburgerstraße fanden unter üblichen Bedingungen Genehmigung, der Anbau Fischelcher-Richtstraße fand bedingungslose Genehmigung. Im Jahre 1919 sind an Gemeindefiscern aufzubringen 16940 Mark für die Gemeindefiscer, 1248 Mark für die Armenkasse, 34,604 Mark auf Ottendorf entfallender Anteil der Schullast und 6350 Mark für die Kirchenlast, zusammen also 59 142 Mark. Man beschließt, diesen Bedarf wie im Vorjahre durch 100 Prozent der Einkommensteuer aufzubringen. Die Grundsteuererhöhung wird mit 32 Pfg. besteuert. Die Klassen 1—16 des Einkommenssteuererhöht werden gegen früher so geändert, daß auch sie nur 100 Prozent aufzubringen haben. Die bis Kriegsausbruch erhobene Schankgewerbe-Steuer — etwa 120 Mark — soll wieder erhoben werden, nach kurzer Aussprache wird die Angelegenheit an den Ausschuss zurückgewiesen werden, da mit einem Wegfall der ganzen Steuer gerechnet wird. Ein bereits in früherer Sitzung zur Verlesung gebrachter Nachtrag zur Gemeindesteuerordnung fand einstimmige Annahme. Die Wahl des zweiten Gemeindevorstandes fiel auf Herrn Gustav Thierme, der dieses Amt auch annahm. Nach längerem Vortrag des Herrn Beger über Verbesserungen im Eisenbahnverkehr beschloß der Gemeinderat, sich der Eingabe anzuschließen. Der Vorsitzende teilte hierauf die geplante Errichtung einer Sächsischen Gemeindelegation mit, es wurde nach erfolgter Aussprache beschlossen, in einer späteren Sitzung darauf zurückzukommen. Darauf kam die Sparlasten-Abrechnung zum Vortrag, welche zeigte, daß sich die Sparlasten erfreulich weiter entwickelt hat. In der Vabereingekommenheit machte Herr Tamme Mitteilung, daß das Bad vorläufig wieder an der alten Stelle errichtet werden soll, der Kopienaufwand werde etwa 3—400 Mark betragen, nach längerer Aussprache wird die Angelegenheit dem Bauausschuss zur weiteren Erledigung überwiesen. Auf geneigte Anfrage, die erfolgte Kürzung der Gewerbesteuer betr. teilte der Vorsitzende mit, daß die Kürzung der Gelder auf Anordnung der Amtshauptmannschaft erfolgt ist, auch kommen ein großer Teil Mädchen in Frage, die nur durch den Krieg des hohen Verdienstes wegen auf Arbeit gegangen seien und in die Kürzung durch den Ausschuss nach eingehender Prüfung der sonstigen Verhältnisse der damit Betroffenen erfolgt.

Die Reichsregierung hat als sächsisches Mitglied der Pressevertretung bei der deutschen Friedensabordnung den Dresdner Rechtsanwalt Wilhelm bestimmt. Die sächsische Presse muß diese Wahl als eine unerhörte Herausforderung empfinden. Rechtsanwalt Wilhelm hat mit der Presse nicht die mindeste Fühlung und muß von ihr als Fachmann mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden. Daß ausgerechnet er ausersehen worden, ist um so unbegreiflicher, als es der sächsischen Presse wirklich nicht an geeigneten Persönlichkeiten für eine solche Aufgabe fehlt. Der Ruf als ausgeprochener Pazifist reicht bei weitem nicht hin, um Herrn Wilhelm die Eignung als Pressevertreter zuzusprechen zu können.

Dresden. Als Ablösung für das Freikorps Görlitz, das in diesen Tagen Dresden verläßt, sind am Sonnabend Teile Garde-Landeschützen-Division unter Führung des Rittmeisters de Neuville in Dresden eingetroffen. Weitere Teile der Division werden im Laufe des Sonntags erwartet. Die Truppen bezogen Quartier in der Kaserne des Feldartillerieregiments 48.

Der seit dem 13. April als Oberbefehlshaber für das Gebiet des Freistaates Sachsen bestellte Landtagsabgeordnete Kirchhoff-Dresden ist am Sonnabend zum Minister für Militärwesen berufen worden.

Ueber die Wünsche der Verwundeten, Kranken und Ambulanten des Sanitätspersonals und der Pflanzverbände hat die sächsische Regierung eine ausführliche Denkschrift ausgearbeitet, die sie der Reichsregierung zugeleitet hat. Sie ist in der Denkschrift in weitestem Umfang für die Erfüllung der Wünsche eingetreten.

Radeberg. Die dritte Strafkammer Dresden verhandelte gegen den Gasthofsbesitzer und Fleischer Friedrich Paul Radisch in Schönborn wegen Geheimschlachtens, unerlaubten Viehkaufes, Höchstpreisüberschreitung und Abgabe von Fleisch ohne Marken. Durch die Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß der Angeklagte seit 15. Oktober 1918 bis Februar dieses Jahres, ohne in dem Besitze einer Ausweisurkunde zu sein, mindestens einen Bullen, vier Kühe, zwei Ochsen, zwei Kälber und drei Schweine angekauft, die Schweine heimlich geschlachtet und das übrige Vieh weiter veräußert, auch das Fleisch der geschlachteten Schweine an Dresdner Gastwirte und an Einwohner in Schönborn ohne Marken, das Pfund zu 2,50 Mk. bis 3 Mk. abgegeben hat, obgleich der Höchstpreis damals 2,40 Mk. für das Pfund betrug. Da Radisch durch sein Gebaren das Interesse der Allgemeinheit schwer geschädigt hat, erkannte das Gericht auf drei Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit noch weitere 100 Tage zu treten haben.

Radeburg. In der Nacht zum Donnerstag voriger Woche wurde kurz nach 2 Uhr die hiesige Feuerwehr alarmiert, das Stall- und Schuppengebäude des Homschen Sätmereigrundstückes stand in Flammen und brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder, nachdem aber das Vieh noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden konnte. Energischem Eingreifen der Wehr gelang es, das eng angrenzende und daher schwer vom Feuer bedrohte Wohnhaus zu halten.

Leipzig. Die Parteileitung der U. S. P. Leipzigs erkennt, getreu den Beschlüssen der Landeskonferenz der U. S. P. vom 18. April, den Belagerungszustand sowohl der sächsischen wie der Reichsregierung als rechtsgültig und rechtmäßig nicht an. Sie fordert die Parteimitglieder auf, den Kampf gegen den Belagerungszustand nach den Beschlüssen der Landeskonferenz mit aller Energie zu führen. Sofern die Regierung die Leipziger Arbeiterschaft nicht weiter provoziert, wird die Leipziger Messe durch die politisch organisierte Arbeiterschaft der U. S. P. Leipzigs nicht gestört.

Plauen. Die Unruhen in Falkenstein stellen sich als ein unerhörter Arbeitslosteror dar. Am Freitagabend schleppten die arbeitslosen sechs Bürger vor das Rathaus und zwangen sie öffentlich, vor der Menge wegen angeblich getaner Aufhebungen und dergleichen Abbitte zu leisten. Es wurde ein Arbeitslosenrat gebildet, an dessen Spitze der Kommunist Holz trat. Er ist der Führer der ganzen Bewegung und ist zu dem Zwecke von Plauen nach Falkenstein gefahren. Am Sonnabend nachmittags zogen die Arbeitslosen abermals vor das Rathaus, wo dann Ansprachen gehalten wurden.

